

Zeichen der Zeit : der "Fall Etter"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Der «Fall Etter»

Am vergangenen 21. Dezember wäre Philipp Etter (1891–1977) hundert Jahre alt geworden. Das «offizielle Zug» beging den runden Geburtstag seines langjährigen Bundesrates in Menzingen, dem Heimatort des Gefeierten, mit bronzener Gedenktafel, «Bundesrat-Etter-Marsch» und staatsmännischen Reden. Die Repräsentanten des Kantons deklamierten wohlgesetzte Worte auf den grossen Sohn ihres kleinen, inzwischen zum zwielichtigen Finanz- und Rohstoffhandelsplatz «emporgekommenen» Gemeinwesens.

Die Festgemeinde hatte die Rechnung ohne das «andere Zug» gemacht. Dieses war durchaus nicht bereit, die «unkritische Huldigung für einen Politiker, der Antisemit, Anpassler und autoritärer Ständestaatler gewesen» sei, kritiklos hinzunehmen. Die harten Widerworte zur gedankenlosen Gedenkfeier stehen in einer Interpellation, mit der *Madeleine Landolt*, Mitglied der Alternativen Fraktion des Zuger Kantonsrates, die ideologischen Grundfesten der «christlich» firmierenden Zuger Klein- und Grossbourgeoisie erschütterte. Die Interpellantin wollte insbesondere wissen, warum Landammann Andreas Iten in seiner Festrede «die antisemitischen Artikel und Schriften der 30er Jahre und die jüdenfeindlichen Praktiken der 40er Jahre des geehrten KK-Politikers in keinem Wort erwähnt» habe. Etter sei auch kein «Politiker der Vermittlung und des Brückenschlags» gewesen, wie der Festredner behauptet habe, sondern «ein erbitterter Gegner der Arbeiterbewegung».

Die Reaktion, die ihre Vergangenheit lieber feiert als verarbeitet, liess nicht auf sich warten. Landammann Iten meinte: «Man darf doch nicht wegen zwei, drei Aussagen, die Etter vor Jahren gemacht hat und die aus heutiger Sicht nicht so passen, die ganze

Person herabwürdigen» (TA, 6.1.92). «In seiner Ehre verletzt» fühlte sich ein FDP-Kantonsrat und «Urmenzinger». Die CVP des Kantons Zug sprach von «Hasstiraden», «Diffamierungen» und «hanebüchener Geschichtsklitterung». Die (liberale?) «Zuger Zeitung» weigerte sich, eine Entgegnung von Madeleine Landolt und Josef Lang abzudrucken.

Die Etter-Zitate in der Interpellation seien «aus dem Zusammenhang gerissen», schrieb die zugerische CVP. Sie meinte wohl kaum den Zusammenhang mit der eigenen Parteigeschichte, die sich in Philipp Etters autoritärer Staatsauffassung, seinem katholischen Fundamentalismus und Antisemitismus widerspiegelt. Im Gegensatz zu ihren Kritikern hat die Interpellantin ein gutes Geschichtsbewusstsein. Das zeigt auch ein Blick in die Neuen Wege der 30er und 40er Jahre.

Autoritäre Staatsauffassung

Etter war kein Faschist, aber deswegen noch lange kein Demokrat. Einen «*Halbfaschisten*» nannte ihn ein empörter Leonhard Ragaz (NW 1939, S. 365f.), der aus Etters Schrift «Die schweizerische Demokratie» aus dem Jahr 1934 zitierte: «Immerhin betrachte ich es als nicht ausgeschlossen, dass der Faschismus, den ich vorläufig als ein Übergangsstadium verstehe, durch seine gesunden Elemente, die Tendenz zur Autorität und Ordnung, zu einer besseren Gestaltung des Staates führen kann» (NW 1939, S. 245).

In dieser Schrift suchte Etter das Heil in einer «berufsständischen Ordnung», die den Klassenkampf beenden und «die Arbeit wieder organisch in die Wirtschafts- und Gesellschaftskörper eingliedern» sollte. Vorbild war der «*Quadragesimo-Anno-Staat*»

im benachbarten Österreich, wo das Dollfuss-Regime im Februar 1934 zum blutigen Schlag gegen die Wiener Sozialdemokratie ausholte. Mit Entsetzen beobachtete Ragaz, wie Etters «Proklamation der autoritären Demokratie» im Katholizismus begeisterte Zustimmung fand (NW 1940, S. 461) und wie ständestaatliches Denken zur «Bundeshausreligion» (NW 1940, S. 511) wurde. Ragaz vermutete diese «politische Vorherrschaft des Katholizismus» auch hinter der *Unterdrückung der Neuen Wege* während des Zweiten Weltkrieges (NW 1942, S. 18f.).

Etter war nie bereit, zusammen mit liberalen und sozialistischen Kräften die Demokratie gegen die Frontenbewegung zu verteidigen. Im Gegenteil: Die Fronten kamen ihm gerade recht, um *Liberalismus und Sozialismus* zu überwinden. Auch insofern stand Etter den Faschisten näher als den demokratischen Nachfahren der Französischen Revolution. Nach Hitlers Macht ergreifung witterte er Morgenluft für seine autoritäre Staatsauffassung: «Die liberale Demokratie des 19. Jahrhunderts ist im Zusammenbruch begriffen. Aber der Liberalismus und Sozialismus sind in der Schweiz noch nicht tot. Wenn wir den Liberalismus aus den Angeln heben wollen, müssen (...) wir uns freuen, wenn uns von anderer Seite Hilfe geleistet wird» (Zuger Nachrichten, 23.8.33). Die «andere Seite» – das waren die faschistischen Fronten.

Was auch die *Zuger Liberalen* von heute verdrängen: Ihre Vorfahren wehrten sich gegen die Wahl Etters zum Bundesrat. Sie konnten nicht vergessen, dass Etter an einer Tagung der katholischen Jugend «den famosen Ausspruch getan hat, es gelte nunmehr, den Freisinn mit Hilfe der Fronten aus den Angeln zu heben», wie das «Freisinnige Organ des Kantons Zug» am 26. März 1934 schrieb.

Die berühmte *Anpassungsrede des Bundesrates* am 25. Juni 1940 wird zwar dem damaligen Aussenminister Marcel Pilet-Golaz zugeschrieben. Dass die deutsche Version von Philipp Etter vorgetragen und erst noch mit «aufreizenden Akzenten» (Werner Rings) versehen wurde, geht dabei leicht vergessen. Was da alles über Ordnung, Autorität und Gefolgschaft geschrieben steht oder über die Führung des Bundesrates,

der künftig aus «eigener Machtvollkommenheit» zu regieren gedenke, verrät Etterschen Stil. Wenn es zur Zeit Versuche gibt, Pilet-Golaz in besserem Licht erscheinen zu lassen, so könnten die Schatten umso eher auf Etter fallen. Schon Ragaz meinte, «der Name der Affäre Pilet-Golaz» sei eigentlich «eine Unwahrheit». Denn «mindestens ebenso schlimm wie die Rolle von Pilet-Golaz» sei «die von Etter und Celio gewesen» (NW 1944, S. 635).

Nur ein «Fall Etter»? Da müsste noch von andern «Fällen» gesprochen werden. Etwa von Etters katholisch-konservativem Vorgänger im Bundesrat, dem Freiburger *Jean-Marie Musy*, der 1934 den Gesamtbundesrat ultimativ, aber vergeblich aufgefordert hatte, den «Ständestaat» einzuführen, darauf demissionierte und «in den faschistischen Bewegungen ein neues Tätigkeitsfeld zu sehen glaubte»¹. Zu fragen wäre auch nach der Rolle des katholisch-konservativen Aussenministers *Giuseppe Motta*, der Mussolinis verbrecherischen Raubzug gegen Abessinien als rechtmässig anerkannte und den Duce nach dem beispiellosen Verrat an der Tschechoslowakei in München 1938 als «grossen Führer» pries (NW 1938, S. 466). Zum Jubiläum seiner 25jährigen Amtszeit als Bundesrat erhielt Motta vom «Vaterland» die anerkennenden Worte: «Die konservative Auffassung des Jubilaren geht auf eine starke Demokratie, eine Demokratie, welche nach seiner eigenen Deutung die Vorzüge eines faschistischen Systems in sich enthält, ohne landesfremde Einrichtungen übernehmen zu müssen.»²

Etter sollte tatsächlich im Zusammenhang seiner Zeit gesehen werden. Zu diesem Kontext gehört nicht nur der politische Katholizismus in der Schweiz, sondern auch der von Rom gelenkte *Weltkatholizismus*, der die faschistischen Kräfte gegen die beiden grossen Revolutionen der Neuzeit, die französische und die russische, zu instrumentalisieren suchte. Es war der Vatikan, der dem Faschismus und Nationalsozialismus zu internationaler Respektabilität verhalf, indem er 1929 mit Mussolini die Lateranverträge unterzeichnete und 1933 als erste Macht mit dem Naziregime einen Staatsvertrag, das sog. Konkordat, abschloss. Der sozialdemokratische Publizist Paul Schmid-Ammann sprach damals von «einer innigen

Gemeinschaft und gegenseitigen Unterstützung zwischen Kirche und Faschismus». Und: «Diese Kampfgemeinschaft ist von den schweizerischen Konservativen, die zum reaktionärsten Flügel des politischen Katholizismus in der ganzen Welt gehören, aufs lebhafteste begrüsst und aufs nachdrücklichste moralisch unterstützt worden.»³

Katholischer Fundamentalismus

Für Leonhard Ragaz war der in Zug Gefeierte nicht nur der «halb faschistische», sondern auch der «ganz ultramontane Etter» (NW 1940, S. 152). «*Ultramontan*» hiess eine Einstellung, die sich Glauben, Moral und selbst Politik von «jenseits der Alpen» diktieren liess und dabei einen Papstkult betrieb, der kaum mehr mit dem Ersten Gebot in Einklang zu bringen war. Heute würden wir von einem «katholischen Fundamentalismus» sprechen, wie er vom «Opus Dei» bis zur Bewegung des verstorbenen Erzbischofs Lefebvre vertreten wird. Exemplarisch ist ein Etterscher Satz wie der vom Tages-Anzeiger (6.1.92) aus dem Jahr 1934 zitierte: «Was staats-erhaltend ist und staats-fördernd an geistigen Kräften und Mächten der Gegenwart, das fliesst aus den Quellen christlicher Weltauffassung, und diese besitzt ihre stärkste Autorität und ihren ruhenden Pol im ewigen Rom.»

Auch dieses Zitat steht in seinem historischen Kontext. Ein «guter Katholik» konnte damals nicht anders formulieren. Noch Pius' XII. Enzyklika «*Mystici Corporis*» von 1943 liess keinen Zweifel, dass jene sich «in einem gefährlichen Irrtum befinden», «die meinen, sie können Christus als Haupt der Kirche verehren, ohne seinem Stellvertreter auf Erden Treue zu wahren».

Es war nicht zuletzt der romzentrierte Fundamentalismus, der katholische Politiker für autoritäre Regime anfällig machte. Auch in Etters Schrift «Die schweizerische Demokratie» wird die grosse Bedeutung hervorgehoben, «die der katholischen Kirche für die Wiederherstellung, Stärkung und Erhaltung des Autoritätsgedankens zukommt»⁴. Politische Diktaturen lehnte Etter nur ab, sofern sie der Kirche zu nahe traten. Es ging dem politischen Katholizismus eben nie um Demokratie und Freiheitsrechte, son-

dern immer nur um konfessionalistische Forderungen wie katholische Schulen, staatliche Anerkennung der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts, Scheidungsverbot (zumindest für katholische Ehepaare) usw. Anerkannte der faschistische Staat diese Forderungen, so durfte er auch schon mit dem Segen der Kirche rechnen.

«*Rekatholisierung*» hiess das Gebot der Stunde. Zur 650-Jahrfeier der Eidgenossenschaft, einer der «grossen Etterschen Propagandaveranstaltungen»⁵, verfasste die «Schwyzer-Zeitung» einen Leitartikel, in dem es hiess: «Die Flammenzeichen der Zeit verstehend muss das Schweizervolk in dieser Notzeit seine im tiefsten Grunde katholische Seele wiederfinden...» Es könne «der Sinn der 650-Jahrfeier kein anderer sein, als die Anbahnung einer totalen Rechristianisierung des Schweizervolkes in katholischem Geiste».

Bruder Klaus wurde als Missionar dieser Rekatholisierung angerufen. Unter seinen Schutz stellte Etters Neujahrsansprache 1942 die mehrheitlich reformierte Schweiz. Ragaz hörte wohl richtig: «Jenes Wort entspricht durchaus einer schon lange wirksamen Taktik, deren Ziel nichts weniger ist als eine Rekatholisierung der Schweiz, die auf allerlei Linien, nicht zum wenigsten bei der Wahl des eidgenössischen Personals, verfolgt wird und bereits zu einer politischen Vorherrschaft des Katholizismus geführt hat» (NW 1942, S. 18f.).

Antisemitismus

Nach Hitlers Machtergreifung schrieb der damalige Regierungs- und Ständerat Etter in den Zuger Nachrichten: «Die Tatsache ist freilich nicht in Abrede zu stellen, dass der jüdische Einfluss auf das deutsche Geistesleben in Kunst, Schrifttum und anderen Gebieten der Kultur von unheilvoller Wirkung gewesen ist. Das Judentum hat zu viel zersetzende Kräfte ins deutsche Volkstum hineingetragen» (31.3.33). Auch das klerikalfaschistische Dollfuß-Regime in Österreich feierte Etter als «Befreiung des christlichen Volkes aus der jüdischen Umklammerung».

Etter war bereit, mit den «neuen Fronten» nicht nur Liberalismus und Sozialismus, sondern auch die «Invasion» jüdischer

Flüchtlinge und anderer «unerwünschter Elemente» zu bekämpfen.⁶ Im 1991 erschienenen Lexikon der Bundesräte schreibt darum auch Josef Widmer, die «Erinnerung» an Etter falle «zwerspältig» aus. So habe der Gefeierte noch 1942 «eine öffentliche Anprangerung der deutschen Judenvernichtung» abgelehnt» (TA, 6.1.92). Es ging um einen Protest des IKRK gegen die Vernichtungslager des Nazi-Regimes, den Etter als Vertreter der Landesregierung verhinderte.

Etter war ein Antisemit. Sollte er seine Einstellung in späteren Jahren je bedauert haben, so jedenfalls nicht öffentlich. Jüdinnen und Juden haben von ihm nie eine Entschuldigung gehört. Madeleine Landolt sagt in ihrer Interpellation zu Recht: «Es ist ein Skandal, wenn der sanktgallische Landjägerhauptmann *Paul Grüniger*, ein Retter jüdischer Flüchtlinge, geächtet bleibt und Politiker, welche den Antisemitismus in Wort und Tat mitgetragen haben, unkritische Laudationes erhalten.»

Nur, Etters Antisemitismus war wiederum alles andere als ein bedauerlicher Einzelfall. In ihm widerspiegelte sich das *katholische Milieu*, die Unduldsamkeit des politischen Katholizismus, der katholischen Kirche überhaupt. Was sich damals «christliche Demokratie» nannte, hatte im Antisemitismus eine ihrer «Wurzeln».⁷

Ähnlich wie die Interpellation Landolt löste schon im Januar 1970 die Zeitschrift «neutralität» einen Proteststurm aus, als sie den ein Jahr zuvor gewählten Bundesrat *Ludwig von Moos* mit antisemitischen Äusserungen im «Obwaldner Volksfreund» der 30er Jahre konfrontierte. Als Redaktor dieser Zeitung hatte sich von Moos zum Beispiel über die «Einbürgerungsliste der hochmögenden Stadt Zürich» ausgelassen und geklagt, «wie ein Ostjude am andern, sozusagen am laufenden Band in unser Bürgerrecht schlüpft, während Leute mit altbewährten ehrsamem Schweizernamen stempeln oder auswandern müssen». Und: «Wo die Juden ernsthaft Fuss fassen, wächst für die Christenheit wenig Gras mehr». – «Neuaufgabe schon gehabter Verleumdungen», tönte es schon damals aus dem konservativen Blätterwald, und natürlich war nicht von Moos, sondern das fehlende Geschichtsbewusstsein der «neutralität» am ganzen Wirbel schuld.

Ein Blick auf die Gegenwart

Am Schluss ihrer Interpellation lenkt Madeleine Landolt den Blick in die Gegenwart: Heute würden die «Fronten» wiederum wie Pilze aus dem Boden schiessen. «Und erneut gibt es Politiker und Parteien, welche für deren fremdenfeindlichen Aktionen und Parolen Verständnis zeigen». Unter «intellektuellerechten Rechtsextremen» werde Philipp Etter «als Kronzeuge zitiert».

Angesichts solcher Entwicklungen wird *Aufklärung* über diese katholische Vergangenheit dringlich, damit sich deren Irrtümer, Unduldsamkeiten, ja Verbrechen nicht wiederholen. Doch die Geschichtsschreibung hat die 30er und 40er Jahre des Schweizerkatholizismus bis heute nicht seriös erforscht. Dass der Katholizismus oder das, was von ihm übriggeblieben ist, seine Vergangenheit verdrängt, gar Frauen und Männer verunglimpft, die ihn an diese Vergangenheit erinnern, ist ein schlechtes Zeichen der Zeit, ein Mahnzeichen auch.

«*Ausdruck einer totalitären Geschichtsideologie*» nannte der Vertreter der «Frischen Brise Steinhausen» in der Zuger Kantonsratsdebatte vom 30. Januar «diese Versuche, gewisse Bereiche aus unserer Kantonsgeschichte zu tabuisieren». Diese Geschichtsideologie ist so totalitär wie die Vergangenheit, die als verdrängte die Gegenwart und die Zukunft belastet.

1 Hans Ulrich Jost, in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Band III, Basel 1983, S. 158.

2 Zit. nach: Paul Schmid-Ammann, Der politische Katholizismus, Bern 1945 (2. Aufl.), S. 138.

3 A.a.O., S. 54.

4 Zit. nach: Schmid-Ammann, a.a.O., S. 145.

5 Schmid-Ammann, a.a.O., S. 93.

6 Die vaterländische Erneuerung und wir, 1933, zit. in der Interpellation Landolt.

7 M.P. Fogarty, Christliche Demokratie in Westeuropa, Freiburg im Breisgau 1959, S. 3.